



Nr. 3 des Grossen Gemeinderates (GGR)

Datum/Zeit	Donnerstag, 30. Juni 2011 von 18.00 - 19.45 Uhr	
Ort	TELL-Saal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermündigen	
Vorsitz	Riesen Norbert (SP)	1
Stimmzähler	Schär Roger (parteilos) und Rüfli Roland (FORUM)	2
Anwesend	<i>SP/Grüne/Gewerkschaften/parteilose:</i> Burkhalter Hans-Rudolf, Dogan Aziz, Grossniklaus Bruno, Hirt Bruno, Kehrli Rudolf, Mahler Rudolf, Nova Colette, Scheidegger Jürg-Sven, Wiedmer Rudolf, Zeyer Christian	10
	<i>SVP:</i> Bracher Peter, Hirsiger Ernst, Landolf Marianne, Müller Lucia, Truog Markus, Wegmüller Nadine, Wegmüller Thomas, Zaugg Gerhard	8
	<i>EVP:</i> Fels Silvia, Schröer Chris, Wagner Peter, Wagner Rahel	4
	<i>FORUM:</i> Bendoza Thomas, Bruderer Walter, Schaller Esther, Schenk Madeleine	4
	<i>FDP:</i> Gfeller Heinz, Schoop Henrik, Werner Michael	3
	<i>CVP:</i> Löhner Sandra, Rippstein Eduard	2
	<i>Total anwesend</i>	<u>34</u>
	<i>Gemeinderatsmitglieder</i> Zahler Christian (Gemeindepräsident), Baumgartner Gerhard, Blaser Erich, Ernst Synes, Iten Thomas, Lüthy Ursula, Panayides Alik Maria, Unteregger Schütz Regula, Wegmann Peter sowie Gemein- deschreiberin Meyer Marianne	
Protokollführer	Kumli Jürg, Ratssekretär	
Entschuldigt abwesend	<i>GGR-Mitglieder:</i> Biner Jacques (SP), Bolliger Renate (EVP), Hausammann Hans-Rudolf (SVP), Leumann Beat (FDP), Schärer Liliane (SP) und Weber Beat (SVP)	
	<i>GR-Mitglieder:</i> --	

TRAKTANDEN

26.	Wasserverbund Region Bern AG (WVRB): Änderung des Partnerschaftsvertrags und Erhöhung des Aktienkapitals; Genehmigung.....	77
27.	Finanzkommission; Ersatzwahl.....	83
28.	Schulanlage Rüti: Gesamtanierung - Kreditabrechnung.....	84
29.	Motion R. Unteregger (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Zugänglichkeit des 2. Perrons im Bahnhof Ostermundigen; Zwischenbericht.....	86
30.	Postzustellung Rüti; Umfrageergebnisse - Orientierung des Gemeinderates.....	87
31.	Einfache Anfrage B. Grossniklaus (SP) betreffend Serviceabbau der Post in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang mit schriftlicher Beantwortung.....	88
32.	Einfache Anfrage E. Rippstein (CVP) zu verschiedenen Grossprojekten; parlamentarischer Neueingang.....	91

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 3. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Pressevertretenden herzlich willkommen.

Einmal pro Jahr kann der Ratspräsident das Privileg einlösen und einen sogenannten "Kulturbeitrag" nach eigenem Gefallen in die Sitzung einfliessen lassen. Heute Abend löse ich dieses Privileg ein. Ich habe eine Tanzgruppe von rund 20 jungen Frauen aus Ostermundigen für eine Darbietung eingeladen. Die Gruppe unter der Leitung von Jasmin Rothen heisst "Dilez". Ich gebe die Bühne frei!

- - - **A p p l a u s** - - -

Vielen Dank für die schwungvolle, peppige Tanzeinlage - die Aufführung hat einen gewissen Hang zum Büroalltag. Der verdiente Applaus ist des Künstlers grösster Lohn. Als Dankeschön möchte ich der Tanzgruppe Rosen und die Schokolade-Sandsteine verteilen. Natürlich dürfen auch die Damen des Parlamentes am Schluss der Sitzung eine Rose mitnehmen. Das Programm resp. die Tanzeinlage wurde speziell für den heutigen Abend zusammengestellt. Nochmals vielen herzlichen Dank.

Jasmin Rothen (Coach Tanzgruppe): Besten Dank für die Möglichkeit eines Bühnenauftritts - es hat uns riesigen Spass gemacht. Die Tanzgruppe trainiert im Jugendhaus "Hangar". Leider haben wir in letzter Zeit mit der Nachbarschaft vermehrt Probleme. Sie reklamieren über die Musik, die Jungen, die Leitenden einfach über alles im Zusammenhang mit dem Jugendhaus. Dieses nachbarschaftliche Klima ist für den Tanzunterricht nicht förderlich. Der Dialog wurde gesucht. Darauf hin haben wir auch die Lautstärke der Musik zurückgestellt. Das Ganze ist für uns ca. 50 Jugendlichen unverständlich. Jetzt ist von der politischen Seite möglichst rasch Gegensteuer zu geben. Der Hangar war vor der Überbauung Jurablickweg da. Der Hangar ist eine Infrastrukturanlage, die zu Ostermundigen gehört und dessen Bestehen unbedingt erhalten bleiben muss.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftgemäss publiziert worden ist. Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf.

- Es sind 34 Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen des Ratspräsidenten

1. Gestützt auf Artikel 33 der GO des GGR nimmt zu Traktandum Nr. 26 (WVRB: Änderung Partnerschaftsvertrag und Erhöhung des Aktienkapitals) Herr Bernhard Gyger, Geschäftsführer WVRB, an der heutigen Sitzung teil.
2. Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:

- ① Traktandum 31: Einfache Anfrage B. Grossniklaus (SP) betreffend Serviceabbau der Post in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang inkl. schriftlicher Beantwortung
 - ① Die teilrevidierte Gemeindeordnung (GO) zuhanden des gelben Ordners: „Handbuch für die Mitglieder des GGR“
 - ① Aktuelle Liste der Partei- und Fraktionspräsidien
 - ① Flyer Kulturtage (Ihr Beitrag ist gefragt) vom 5. bis 11. September
 - ① Flyer Gemeindebibliothek Ostermundigen: Ferienzeit ist Reisezeit
3. Im Anschluss an die Sitzung treffen wir uns im Restaurant Waldeck
 4. Die nächste Sitzung findet am **8. September 2011 im Bernapark Deisswil** statt.

Traktandenliste

- Traktandum Nr. 30: Orientierung des Gemeinderates - Postzustellung Rüti; Umfrageergebnisse (Sprecher: Ch. Zahler)

Persönliche Erklärungen:

Thomas Wegmüller (SVP): Wir haben festgestellt, dass die an der letzten Sitzung eingereichte Motion der SVP-Fraktion betreffend Reservation Spezialfinanzierungsgelder 30 Tage nach deren Einreichung nicht traktandiert worden ist (gemäss Artikel 53 Absatz 1 GO GGR). Was ist hier passiert?

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Das Parlament hat die überparteiliche Motion für eine effizientere Behandlung von parlamentarischen Vorstössen an der GGR-Sitzung vom 18. Mai 2010 überwiesen. Diese Motion sieht eine schriftliche Beantwortung sämtlicher politischen Vorstösse vor. Der Gemeinderat war bereit, diesen politischen Vorstoss entgegen zu nehmen unter dem Vorbehalt, dass die 30-tägige Beantwortungsfrist nicht ausreicht. An diesen Grundsatz hält sich jetzt der Gemeinderat. Die von Thomas Wegmüller erwähnte Motion wird anlässlich der September-Sitzung behandelt.

Walter Bruderer (FORUM): Die einfache Anfrage von Bruno Grossniklaus (SP) betreffend Serviceabbau der Post in Ostermundigen inkl. deren schriftliche Beantwortung seitens Gemeinderat wurde auf den Ratstischen aufgelegt. Es ist mir ein Anliegen, die gemeinderätlichen Antworten vorgängig zur Kenntnis nehmen zu können, um anschliessend aktiv an der Diskussion teilnehmen zu können.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Die einfache Anfrage von Bruno Grossniklaus (SP) betreffend Serviceabbau der Post in Ostermundigen inkl. deren schriftliche Beantwor-

tung löst im Parlament keine Diskussion aus (siehe Artikel 55 Absatz 3 GO GGR). Die Anfrage wurde dem Ratssekretär am Montag, 27. Juni per E-Mail zugestellt. Es blieb nur wenig Zeit, diese überhaupt beantworten zu können.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Besten Dank für die Hinweise und Anregungen. Wir haben den Sachverhalt anlässlich der Bürositzung abgeklärt. Das rechtliche Vorgehen wird in beiden Fällen eingehalten.

A b s t i m m u n g :

Die Traktandenliste wird stillschweigend mit der erwähnten Ergänzung genehmigt.

42.2.75 Wasserverbund Region Bern AG (WVRB)

26. Wasserverbund Region Bern AG (WVRB): Änderung des Partnerschaftsvertrags und Erhöhung des Aktienkapitals; Genehmigung

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

GPK-Präsident Walter Bruderer (FORUM): Wie bereits im GPK-Protokoll vom 22. Juni 2011 erwähnt, sollte beim vorliegenden Geschäft keine zweite Lesung notwendig werden.

Departementsvorsteher Gemeindebetriebe Synes Ernst (CVP): Vor der Detailberatung möchte ich das vorliegende Geschäft noch in einen grösseren Zusammenhang bringen. Um was geht es bei der Erhöhung des Aktienkapitals und bei der Anpassung der Beteiligungsverhältnisse?

Es geht primär um die Sicherung unserer Wasserversorgung. Dies ist eine ganz wichtige Aufgabe der Gemeinde Ostermundigen. Sauberes und hygienisch einwandfreies Wasser, während 24 Stunden, stets mit dem gleichen Druck, Sommer wie Winter, an sieben Tagen die Woche wird an die Bevölkerung, Industrie und Gewerbe geliefert. Die Gemeinde Ostermundigen kann bei der momentanen Entwicklung in der Region resp. im Kanton Bern diese Aufgabe nicht mehr selbständig erfüllen. Wir sind auf einen Partner angewiesen.

Da es sich hier um eine wichtige Gemeindeaufgabe handelt, sind wir auf einen besonders starken Partner angewiesen, um diese Aufgabe zufriedenstellend erfüllen zu können. Stark heisst, dass der Partner organisatorisch, strukturell, personell und finanziell gut aufgestellt ist. Einiges wurde in dieser Hinsicht bereits getan. Im Jahre 2007 wurde ein neuer Partnerschaftsvertrag erarbeitet. Die Strukturen wurden erneuert und die Basis gelegt. Personell sieht es so aus, dass der WVRB seit dem Jahre 2008 einen Geschäftsführer sein eigen nennt - dies ist Herr Bernhard Gyger. Er kennt die Bedürfnisse der Gemeinden aus seiner Zeit beim Wasserverbund Thun. Herr Gyger hat sich für die vorliegende Lösung bei den Partnergemeinden stark eingesetzt.

Bei den beiden Vorhaben geht es darum, den WVRB zu stärken. Der Partnerschaftsvertrag stärkt die Strukturen und die Trägerschaft jene der AG. Die Aktionärsanteile werden festgelegt. Auch die Weiterentwicklung (Aufnahme von neuen Aktionären) des WVRB wird in diesem Partnerschaftsvertrag geregelt.

Bei der Aktienkapitalerhöhung geht es darum, die finanzielle Basis zu stärken. Dieser Punkt ist wichtig. Es stehen grosse Investitionen an, die finanziellen Mittel müssen zur Verfügung gestellt werden. Das Risiko von hohen Zinsen wird mit mehr Aktienkapital verkleinert.

Wir haben Interesse an einer starken Aktiengesellschaft. Dieser Umstand kostet uns etwas. Im Jahre 2007 sind wir nach heftiger Debatte im GGR und nach einer Volksabstimmung mit klarer Mehrheit dem WVRB beigetreten. Dieses Mitmachen kostet die Gemeinde Ostermundigen etwas, doch es lohnt sich und ist finanziell vertretbar. Aus all diesen Gründen bitte ich das Parlament, dem vorliegenden Geschäft zuzustimmen.

Rahel Wagner (EVP): Am 29. Juni 2006 hat der Grosse Gemeinderat den Partnerschaftsvertrag mit der WVRB AG genehmigt. Die EVP-Fraktion hat damals mit einem Änderungsantrag gefordert, dass spätere Änderungen des Partnerschaftsvertrags dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. Dieser Antrag wurde durch den GGR einstimmig angenommen. So haben wir heute die Gelegenheit, das vorliegende Geschäft zu beraten und unsere Meinungen einzubringen.

Dass der GGR bei einer Änderung des Vertrags sein Mitspracherecht gefordert hat, ist angesichts des vorliegenden Geschäftes berechtigt. Denn nach bereits fünf Jahren wird uns durch die WVRB AG eine massive Erhöhung des Aktienkapitals beantragt, welche für Ostermundigen gut 2,3 Mio. Franken im Jahr 2012 ausmacht. Und im Jahr 2014 soll unsere Gemeinde nochmals für rund 1,5 Mio. Franken Aktien kaufen, so dass ihr Anteil am Aktienkapital dann total 3,839 Mio. Franken beträgt.

Was unsere Fraktion etwas stutzig machte, ist die Bemerkung auf Seite 5 der Botschaft. Es heisst hier, *dass das Aktienkapital anlässlich der Umstrukturierung des WVRB unter anderem deshalb nicht erhöht worden sei, weil man die Verträge nicht gefährden wollte.* Offenbar bestanden Zweifel, ob das Geschäft bei einer gleichzeitigen Erhöhung des Aktienkapitals die politische Zustimmung gefunden hätte. Aber jetzt, wo der Wasserverbund in Fahrt ist, kann man ja mit diesem Millionen-Geschäft antraben. Das nennt man „Salamitaktik“ und die Frage steht im Raum, was wohl das nächste „Salamirädl“ beinhaltet. Dass hier Skepsis aufkommt, ist verständlich. Aber wenigstens hat die WVRB AG ihre Überlegungen nun offengelegt.

Die EVP-Fraktion wird dem vorliegenden Geschäft trotz allem zustimmen, denn eine solide Basis, auf welcher die WVRB AG aufbauen und arbeiten kann, ist nötig. Wohl muss unsere Gemeinde Fremdkapital beschaffen, um die Aktien zeichnen zu können und die Dividende von einem Prozent ist alles andere als rosig. Aber die Aussicht, dass die Differenz zwischen Dividende und internem Verrechnungszins zu Lasten der Spezialfinanzierung Wasser geht und mit den derzeitigen Wassergebühren bezahlt werden kann, beruhigt. Somit ist also keine Gebührenerhöhung notwendig und das Geschäft belastet auch den Steuerhaushalt der Gemeinde nicht.

Es dürfen aber hier nicht nur finanzielle Aspekte gelten. Die EVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Sicherstellung der Wasserversorgung mit diesem Wasserverbund optimal gelöst ist. Das Primärsystem wird so ausgebaut, dass auch in Katastrophenfällen die Verbundgemeinden mit Wasser versorgt werden können, und wir dürfen nicht vergessen, dass sauberes Wasser die Lebensgrundlage Nummer eins für Mensch, Tier und Natur ist. Hier zu investieren lohnt sich immer.

Zwei Fragen an Herrn Gyger hat die EVP-Fraktion aber doch noch. Wie wir erfahren haben, haben alle anderen Verbundgemeinden die Änderung des Partnerschaftsvertrages genehmigt. Somit sind mehr als die erforderlichen 2/3 der Aktionäre einverstanden. Die WVRB AG schreibt aber auf Seite 3 ihres Briefes vom 12. Januar 2011, dass die vorgesehene Erhöhung des Aktienkapitals und die Anpassung der Beteiligungsverhältnisse nur dann sinnvoll seien, wenn sie durch alle betroffenen Aktionäre mitgetragen würden. Nun unsere Fragen:

- a. Was passiert, wenn der GGR heute Abend dem Geschäft wider Erwarten nicht zustimmt, oder die Ostermundiger Bevölkerung die Erhöhung der Beteiligung am Wasserverbund nicht genehmigt?

- b. Gilt die Antwort auf die Frage a) auch für die Zukunft, oder lässt die WVRB AG ihre Praxis offen?

Besten Dank für die Antworten.

Departementsvorsteher Gemeindebetriebe Synes Ernst (CVP): Zu

- Vorwurf "Salamitaktik"

Damals hat das Verhältnis der Eigenmittel anders ausgesehen. Das Aktienkapital wurde im alten Partnerschaftsvertrag weniger hoch eingestuft. Damals wurde das Schwergewicht auf die Strukturveränderungen gelegt. Dies geschah im Wissen, die Darlehen einmal zurück bezahlen zu müssen. Das Zinsrisiko wurde jedoch anders eingeschätzt. Das Zinsniveau war generell höher.

Die heutige Situation ist anders. Die heutigen Zinsentwicklungen liegen auf einem historisch tiefen Niveau. Eigentlich können die Zinsen nur noch ansteigen. Diesem Sachverhalt muss inskünftig mehr Beachtung geschenkt werden. Ich habe die Ratsdebatte des Jahres 2006 nochmals im Protokoll nachgelesen. Die Frage des Aktienkapitals wurde bereits damals von Walter Bruderer (FORUM) gestellt. Doch eine Diskussion löste die Frage des Aktienkapitals nicht aus.

Die beiden Fragen von Rahel Wagner (EVP):

- Was passiert bei einem Nein?
- Wie sieht die künftige Praxis der WVRB AG aus?

werden vom Geschäftsführer beantwortet.

Bernhard Gyger, Geschäftsführer WVRB AG: Die zwei Themen „Änderung Partnerschaftsvertrag“ und „Erhöhung des Aktienkapitals“ hängen zusammen. Im Partnerschaftsvertrag wurde bewusst der Anteil des Aktienkapitals pro Gemeinde zusammen mit dem Wasserverbrauch eingesetzt. Die Gemeinde Ostermundigen hat nur wenig Aktienkapital - will deshalb keine Dividende. Es gibt aber auch Gemeinden, die sehr viel Aktienkapital gezeichnet haben. Für alle sollen nun gleich lange Spiesse angeboten werden. Wenn der Souverän von Ostermundigen der Aktienkapitalerhöhung nicht zustimmen würde, dann wäre auch der Sinn des vorliegenden Partnerschaftsvertrags in Frage gestellt.

1. Vizepräsident des GGR Michael Werner (FDP): Besten Dank für die gute Botschaft und die detaillierten Sitzungsunterlagen. Die FDP-Fraktion unterstützt das vorliegende Geschäft vollumfänglich. Das Gefühl von "Salamitaktik" ist bei uns nicht aufgekommen. Wenn die Zahlen von Fremdkapital von rund 109 Mio. Franken, die anstehenden Investitionen von rund 45 Mio. Franken, das Eigenkapital von 20 Mio. Franken und der Zeitwert von 130 Mio. Franken in den Relationen verglichen werden, macht eine Aktienkapitalerhöhung bei den Gemeinden durchaus Sinn. Die Gemeinden erhalten das Geld resp. Fremdkapital zu günstigeren Konditionen als der WVRB.

Walter Bruderer (FORUM): Eine Frage zu den Ausführungen von Herrn Gyger hat sich mir noch gestellt. Bin ich richtig in der Annahme, dass wenn in Ostermundigen die Bevölkerung auf 17'000 Einwohnende ansteigt und dementsprechend mehr Wasser vom WVRB bezieht, dies automatisch eine Aktienkapitalerhöhung zur Folge hat?

Wir vom FORUM unterstützen das Geschäft ohne grosse Freude. Die besseren Informationen resp. Unterlagen als im Jahre 2006 werden verdankt. Der Finanzplan des WVRB sollte in Zukunft ebenfalls den GGR-Mitgliedern abgegeben werden. Wir sagen ja zu diesem Geschäft, aber ohne Euphorie; zwar nicht wegen der Aktienkapitalerhöhung, sondern

1. weil wir keine Gewähr haben, dass diese Kapitalanpassung die Letzte in der Wasserverbundgeschichte sein wird;
2. weil wir einmal mehr hören, das Wasser für Ostermundigen stamme vom WVRB, der angeblich über mehr als genug eigenes Wasser verfügt (der Verwaltungsbericht 2010 belegte das Gegenteil);
3. dass die Gemeinden Vechigen, Stettlen und Muri und eventuell sogar Köniz bald WVRB-Mitglieder sein könnten. Diese Hoffnung haben wir bereits vor fünf Jahren gehört.

Positiv werten wir, dass sich der WVRB nicht wie 2006 durch sehr viele hochrangige Leute an unserer Parlamentssitzung vertreten lässt, die - angeblich aus Zeitgründen - die von uns gestellten Fragen gar nicht beantworten wollten oder mussten.

Wir nehmen an, der WVRB führe auch einen Finanzplan, aus dem hervor geht, wie sich die Finanzen entwickeln. Diesen möchten wir demnächst einmal einsehen. Dieser wäre bestimmt auch für die FIKO interessant. Ich weise auch noch darauf hin, dass die Bilanz nicht einfach zu interpretieren ist.

Wir wünschen dem WVRB und Herrn Gyger viel Erfolg bei der Umsetzung des vorliegenden Geschäftes. Angenehm wäre, wenn die Mitgliedschaft von Ostermundigen im WVRB demnächst zu spürbar tieferen Wassergebühren führen würde.

Lucia Müller (SVP): Mir stellte sich die Frage im Zusammenhang mit dem GPK-Protokoll vom 22. Juni 2011 auf Seite 53: *Die Beitritte der Gemeinden Muri, Köniz und des WAVEST wurden bereits im Jahre 2006 in Aussicht gestellt.* Was hat der WVRB in der Zwischenzeit unternommen, um diese Partner mit ins Boot zu holen? Deren Beitritt hätte welche finanziellen Auswirkungen für die übrigen Partner?

Christian Zeyer (SP): Die Institutionen in der Schweiz sind ein wesentlicher Anteil des wirtschaftlichen Erfolgs der Schweiz. Zu diesen Institutionen müssen wir Sorge tragen. Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion unterstützt das vorliegende Geschäft vollumfänglich. Jeder hier im Saal weiss, wie teuer eine 1 ½ Liter Flasche Mineralwasser ist. Wer weiss jedoch, wie viel uns der gleiche Inhalt aus dem Wasserhahn kostet? Unser Wasser obliegt einer herausragenden Qualität und Leistung. Da lohnen sich die finanziellen Investitionen. Nicht nur der Zeitwert von über 100 Mio. Franken, sondern auch der effektive Wiederbeschaffungswert von rund 430 Mio. Franken, der berücksichtigt werden muss, rechtfertigen die Erhöhung des Aktienkapitals.

Wenn von Service public die Rede ist, dann möchte ich auf die Tanzeinlage zu Beginn der Sitzung hinweisen. Das ist eine positive Eigenschaft der Gemeinde, dass auf Eigeninitiative solche Events möglich werden. An der letzten GGR-Sitzung hat der Gemeinderat ein klares Bekenntnis zum Jugendhaus "Hangar" abgegeben. Wir hoffen, dass er die Situation mit der Nachbarschaft raschmöglichst und einvernehmlich lösen wird.

Bernhard Gyger, Geschäftsführer WVRB AG: Zu

- Frage W. Bruderer (FORUM): Zusammensetzung des Preises des Aktienkapitals

Die jetzigen Gegebenheiten wurden dem Wasserbedarf angepasst. Nach der Umstrukturierung benötigt die Gemeinde Ostermundigen deutlich weniger Wasser und muss auch weniger bezahlen. Ostermundigen ist von den neun Partnergemeinden die Gemeinde, welche den Bedarf und damit die Kosten am meisten senken konnte. In nächster Zeit ist keine Anpassung des Aktienkapitals vorgesehen.

- Frage W. Bruderer (FORUM): Auslagerung

Die Wasserleitungen können nach einer Neustrukturierung nicht von heute auf morgen erstellt werden. Die Verfahren sind recht kompliziert. Momentan wird eine 400 mm Leitung beim Schwimmbad Dennigkofen gebaut. Diese neue Hauptachse stellt die Verbindung nach Muri in die Wehrliau sicher. Die Quellen im Gebiet WAVEST (Ramsmoos und Kalchern) werden ebenfalls dem WVRB zugeführt.

- Frage L. Müller (SVP): Beitritte anderer Partner

Das Thema "Wasser" wird in allen Gemeindeorganen stets sehr emotional geführt. Jeder hat das Gefühl, seine Wasserquellen seien die Besten. Die neuen, in Aussicht stehenden Aktionäre können sich in Zukunft kaum selber versorgen. Sie sind auf den Bezug von fremdem Wasser angewiesen. Da steht fast ausschliesslich nur die WVRB AG zur Auswahl. Doch niemand kann zum Beitritt gezwungen werden und wir wollen auch niemanden dazu zwingen. Wir sind ein grosser Wasserverbund. Der Prozess mit den genannten kleineren Verbänden läuft zurzeit. Wir haben viel und sehr gutes Wasser. Mit namhaften Beitritten können die Fixkosten gesenkt werden und zu Kostenvorteilen der heutigen Gemeinden beitragen helfen.

Die Gemeinde Köniz ist ein grosser Verbund mit zwei starken Grundwasserfassungen. Doch wir wollen nicht nur Aarewasser (Grundwasserfassung Sehlhofen-Zopfen: Ist dem Auenschutz unterstellt, sondern auch Wasser von der Sense (Grundwasserfassung Sense matt). Wenn die Gemeinde Köniz dem WVRB beitritt, wird wieder eine Aktienkapitalerhöhung notwendig sein. Das neue Aktienkapital wird von Köniz eingebracht. Das Synergiepotenzial ist vorhanden.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Es liegen keine Voten mehr vor. Wir können die Schlussabstimmung vornehmen. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 33 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Die Änderung des Partnerschaftsvertrags zwischen den Aktionären und der Wasserverbund Region Bern AG (WVRB AG) wird genehmigt. Der Gemeinderat wird zum Abschluss des geänderten Partnerschaftsvertrags ermächtigt.
2. Von der Botschaft betreffend Erhöhung des Aktienkapitals der WVRB AG auf neu 45 Millionen Franken und Anpassung der Beteiligungsverhältnisse wird Kenntnis genommen. Insbesondere davon, dass eine Erhöhung des Aktienkapitals in dieser Form nur beschlossen wird, wenn alle Aktionäre, die gemäss Vorschlag neuen Aktien zu zeichnen haben, zustimmen.
3. Die Erhöhung der Beteiligung der Gemeinde Ostermundigen an der WVRB AG von heute Fr. 789'200.-- auf neu Fr. 3'839'200.-- zu Lasten der Spezialfinanzierung wird genehmigt.
4. Der Gemeinderat wird ermächtigt, anlässlich der durch die WVRB AG zu beschliessenden Aktienkapitalerhöhungen, voraussichtlich in den Jahren 2012 und 2014, Aktien in entsprechendem Umfang zu zeichnen.
5. Die Ziffer 3. dieses Beschlusses unterliegt der Volksabstimmung.

Departementsvorsteher Gemeindebetriebe Synes Ernst (CVP): Besten Dank für die parlamentarische Zustimmung zu diesem Geschäft. Ich hoffe, dass anlässlich der Volksabstimmung vom 23. Oktober 2011 der Souverän dem Partnerschaftsvertrag und der Erhöhung des Aktienkapitals ebenfalls zustimmen wird.

Ebenfalls ein Dankeschön an Herrn Bernhard Gyger für die Auskunftserteilung

10.6.03 Finanzkommission
20.2.01 Finanzkommission

27. Finanzkommission; Ersatzwahl

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Auf Vorschlag der FDP-Fraktion fasst der GGR einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Als Ersatz für den zurückgetretenen Felix Trefzer (parteilos) wird Werner Schoop (FDP), Unterdorfstrasse 47, 3072 Ostermundigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. Juli 2011 bis 31. Dezember 2012 als Mitglied der Finanzkommission gewählt.

30.4.23 Schulhaus Rüti

28. Schulanlage Rüti: Gesamtanierung - Kreditabrechnung

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Walter Bruderer (FORUM): Wir stimmen der Abrechnung zu, haben jedoch noch einige Bemerkungen dazu: Bevor das teure Projekt im Parlament genehmigt worden ist, wurde darüber gestritten, ob es angesichts der hohen Bausumme überhaupt noch gerechtfertigt sei, eine Reserve von über 1 Mio. Franken einzuplanen. Noch vor der Kreditgenehmigung für die heute zur Diskussion stehende Schulhausanierung war im Parlament von einem dringenden Geschäft mit einem Aufwand von ca. 2 Mio. Franken Aufwand die Rede, zwecks

1. dringender Beseitigung der Probleme rund um die "PCB-Fugen" und
2. die "total ungenügende Erdbebensicherung".

Wir hätten darum gerne erfahren, was die Lösung dieser Probleme, neu als integrierter Bestandteil der Gesamtrenovation, gekostet hat. Interessant wäre endlich zu erfahren, mit welcher Erdbebenstärke (Richterskala) die umfassend renovierte Schulanlage problemlos fertig wird. Ich habe diese Frage mehrmals gestellt, sowohl dem früheren Hochbauchef als auch dem verantwortlichen Architekten, der mir nur die relevanten SIA-Normen zur Verfügung gestellt hat. Eine für Baulaien verständliche Antwort habe ich leider bis heute noch nicht erhalten. Vielleicht müsste man in Ostermundigen gelegentlich mehr darüber wissen, wenn man an den Bau von Hochhäusern denkt.

1. Vizepräsident des GGR Michael Werner (FDP): - Frage zu Kapitel 2.4 Subventionen und weitere Rückerstattungen

Wieso wurden die beiden Beiträge (Sportfonds und Kostenrückerstattungen von Versicherungsleistungen) nicht in Abzug gebracht?

Lucia Müller (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion gebührt allen Beteiligten der beste Dank für die Realisierung dieses Sanierungsprojektes. Das Bild auf dem Prospekt zeigt uns ein renovierter Schulhaustrakt. Das Geld dieses wunderschönen Prospektes (wohl zu Werbezwecken) hätte ebenfalls in eine sicherere Schliessanlage investiert werden können.

Christian Zeyer (SP): Auch die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion kann die neuen Zeitzeugen der Architektur und das neue Wahrzeichen innerhalb der Gemeinde nur lobenswert verdanken. Das Tüpfli auf den i wäre noch die Realisierung des Minergiestandards gewesen. Allen Beteiligten gebührt ein Dankeschön.

Departementsvorsteher Hochbau Peter Wegmann (FDP): Eine über 40 jährige Schulanlage musste saniert werden. Der Aufwand war gross und die umfassenden Sanierungsarbeiten haben fünf Jahre gedauert. Heute kann ich sagen, die Schulanlage ist wieder mehr als fit. Dies

ist für die anstehende Gemeindeentwicklung ein wesentlicher Vorteil. Zu den Fragen möchte ich mich wie folgt äussern:

- Votum Walter Bruderer (FORUM): Reserven im Kostenvoranschlag

Diese wurden nicht gebraucht. Trotzdem konnte noch mehr gespart werden. Gegenüber dem Kostenvorschlag konnten letztendlich 1,788 Mio. Franken eingespart werden.

- Votum Walter Bruderer (FORUM): Erdbebensicherheit

Ich bin kein Spezialist bei diesem Thema. Eine Sanierung und Absicherung musste vorgenommen werden. Wieso? Das Schulhaus wurde in Schichtbauweise realisiert. Ein Erdbeben hätte die Schulanlage Rüti nicht überlebt. So wie das Gebäude saniert worden ist, müssen wir bezüglich Erdbebensicherheit keine Bedenken mehr haben.

- Votum Michael Werner (FDP): Gutschriften Sportfonds und Versicherungsleistungen

Die beiden Beträge wurden in der Zwischenzeit überwiesen und in die Investitionsrechnung aufgenommen.

- Votum Lucia Müller (SVP): Broschüre

Die Broschüre wird auch für Marketingzwecken benötigt. Die Gestaltung und der Druck waren nicht gratis. Bei der Zunahme der Vandalenakten hätte auch die beste Schliessanlage nichts genutzt.

- Votum Christian Zeyer (SP): Minergiestandard

Die Meinung von Christian Zeyer teile ich. Mehraufwendungen wären notwendig gewesen. Nichts desto trotz wurde hier eine kleine Chance verpasst.

- Anmerkung im GPK-Protokoll vom 22. Juni 2011; Seite 54

Die Verwechslung der "+Zeichen" statt wie üblich "-Zeichen" möchte ich entschuldigen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Wir kommen zur Schlussabstimmung. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Von der Kreditabrechnung über die „Schulanlage Rüti - Gesamtsanierung“ abschliessend mit einer Kostensumme von Fr. 17'491'038.90 wird Kenntnis genommen.

10.3.72 Motionen
10.20.01 BLS

29. Motion R. Unteregger (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Zugänglichkeit des 2. Perrons im Bahnhof Ostermundigen; Zwischenbericht

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Der Titel ist korrekt formuliert. Die Erstunterzeichnerin sass vor noch nicht allzu langer Zeit auf der Seite der Parlamentsmitglieder. Ein Zwischenbericht liegt vor und dieser kann vom Parlament zur Kenntnis genommen werden. Auf eine ausschweifende Diskussion ist zu verzichten. Die Motion wird heute Abend noch nicht abgeschrieben. Ich danke Regula Unteregger für diesen ersten Zwischenbericht.

Departementsvorsteherin Tiefbau Regula Unteregger Schütz (SP): Es ging dem Gemeinderat primär darum, den GGR über die ersten Abklärungen beim Behindertenverband ins Bild zu setzen. Fazit: Mit vernünftigen Aufwand kann innert nützlicher Frist keine sinnvolle Lösung angeboten werden. Wir müssen uns beim Ausbau des Bahnhofs auf die behindertengerechten Elemente konzentrieren. Die Behinderten müssen den Perron erreichen und letztendlich auch dem Zug zusteigen können. Wir konzentrieren uns jetzt auf den Ausbau des Bahnhofs.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Wurde der Zwischenbericht vom Parlament zur Kenntnis genommen? Fragen können noch gestellt werden.

Walter Bruderer (FORUM): Was ich im Zwischenbericht vermisst habe, ist die im Verkehrskonzept 2000 (Pos. 3.1.3 im Massnahmen Teilplan 3) vorgesehene Radwegunterführung Schermenweg/Poststrasse. Es darf nicht allein die Problematik mit dem Tram betrachtet werden. Die Radwegunterführung darf nicht ausser Acht gelassen werden.

Departementsvorsteherin Tiefbau Regula Unteregger Schütz (SP): Die Massnahme "Radwegunterführung" wurde nicht speziell angeschaut. Wir haben primär die kurzfristig möglichen Massnahmen geprüft. Wie bereits erwähnt, wurde die mögliche Variante noch nicht gefunden.

10.11.23 Postzustelldienst

30. Postzustellung Rüti; Umfrageergebnisse - Orientierung des Gemeinderates

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Im Gebiet Rüti erfolgt die Postzustellung seit den 1970er-Jahren über eine Selbstbedienungsanlage. Dieser Sachverhalt hat in der Bevölkerung stets zu Diskussionen geführt. Es wurde sogar eine Petition eingereicht. In den letzten Jahren sind die Dienstleistungen bei der Selbstbedienungsanlage eingeschränkt worden, z. B. durch die Kürzung der Schalteröffnungszeiten. Dies hat unter den Quartierbewohnerinnen und -bewohnern Reaktionen ausgelöst; unter anderem die Forderung, die Post solle die Sendungen wie in allen andern Quartieren Ostermundigens in den Briefkasten an der Wohnadresse zustellen (Hauszustellung). Um Klarheit zu erhalten, welche Zustellform die Mehrheit der Bevölkerung in der Rüti bevorzugt, hat der Gemeinderat nun in Absprache mit der Post im Juni 2011 eine offizielle Umfrage durchgeführt. Die Ergebnisse liegen jetzt vor:

▪ Ausgeteilte Stimmzettel:	840
▪ Eingegangene Stimmzettel:	600
▪ Beibehaltung Selbstbedienungsanlage:	252
▪ Hauszustellung:	348

Die Stimmbeteiligung beträgt somit 72 %; für die Hauszustellung haben sich 58 % der Stimmmenden ausgesprochen.

Der Gemeinderat freut sich über die hohe Stimmbeteiligung - im Vorfeld ist für die Gültigkeit der Befragung eine minimale Stimmbeteiligung von 50 % festgelegt worden; dieses Ziel ist nun deutlich übertroffen worden. Der Gemeinderat freut sich zudem darüber, dass die Umfrage zu einem klaren Resultat geführt hat. Dieses zeigt zwar, dass die in der Umfrage unterlegene Zustellform „Selbstbedienungsanlage“ im Quartier eine beachtliche Akzeptanz genießt. Die 58 % der Stimmmenden, die sich für die Hauszustellung ausgesprochen haben, stellen aber eine klare Mehrheit dar.

Im Vorfeld der Umfrage hat die Post dem Gemeinderat zugesichert, die von ihm gestützt auf die Umfrage favorisierte Zustellvariante umzusetzen. Gestützt auf das Umfrageergebnis empfiehlt der Gemeinderat der Post, im Rütiquartier die Hauszustellung einzuführen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Ich kann noch die parlamentarischen Neueingänge verlesen.

10.3.75 Einfache Anfragen
10.11.23 Postzustelldienst

31. Einfache Anfrage B. Grossniklaus (SP) betreffend Serviceabbau der Post in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang mit schriftlicher Beantwortung

Fragen

1. Inwieweit wurde die Bevölkerung und das Gewerbe in den Entscheidungsprozess um die Poststellenschliessung einbezogen?
2. Weshalb wurden weder das Parlament, die Parteien, noch die Öffentlichkeit über die Gespräche mit der Post informiert? Gab es vielleicht einen „Maulkorb“?
3. Hat der Gemeinderat sich überlegt, ob die Arbeitsbedingungen der Postagentur-Angestellten gleich wie jene der Postangestellten (GAV, Einbindung der Gewerkschaften etc.) sind oder wird politisch in Kauf genommen, dass minderwertige Billiglohnstellen geschaffen werden? (siehe Motion „Ostermundigen will nur faire Partner“/ überwiesen 2001; ohne Gegenstimme)
4. Wieso wird eine Poststelle geschlossen, deren Kundenfrequenz an den Schaltern in den letzten Jahren zugenommen hat?
5. Wurde beim Schliessungsentscheid berücksichtigt, dass im Einzugsgebiet der Poststelle 2 Siedlungsgebiete liegen (z. B. Oberfeld), welche jetzt erst erschlossen werden und neue potenzielle Kunden generieren?
6. Aufgrund welcher Überlegungen hat der Gemeinderat sich mit der Post geeinigt?
7. Wurde abgeklärt, ob die Post bereit wäre in zentraler Lage ein einziges grosses Postzentrum im Ostermundigen zu bauen, in dem die Gemeindeverwaltung sich einmieten könnte?

Begründung

Die Poststelle Ostermundigen 2 soll geschlossen werden. Dies nach meinen Quellen ohne die direkt betroffene Bevölkerung und das Gewerbe von Ostermundigen zu befragen und zu informieren. Ein solches Vorgehen der Schweizerischen Post ist bedenklich und muss verurteilt werden. Das bisherige Dienstleistungsangebot der bestehenden Poststelle Ostermundigen 2 wird dadurch für einen grossen Teil der Bevölkerung und für die Geschäftskunden eingeschränkt und verschlechtert. Ausserdem trägt die Schliessung der künftigen Bevölkerungszunahme in dieser Gegend (Oberfeld etc.) meiner Meinung nach nicht Rechnung. Und dies geschieht noch mit Einvernehmen des Mundiger Gemeinderates. Es ist also von höchster Wichtigkeit zu erfahren, ob der Gemeinderat alle notwendigen Fakten bei seiner Entscheidung angemessen berücksichtigt hat.

ingereicht am 27.6.2011

sig. Bruno Grossniklaus (SP)

Stellungnahme des Gemeinderats

Frage 1:

Über die von der Post beabsichtigten Veränderungen bei der Postversorgung in Ostermundigen führten die Vertreter der Post mehrere Gespräche mit dem Gemeindepräsidenten, mit Mitarbeitenden der Verwaltung sowie mit dem Gesamtgemeinderat. Wie die Post bei solchen Entscheiden vorgehen muss, ist auf Bundesebene geregelt. Für den Entscheidungsprozess ist die Post verantwortlich. Es ist weder die Bevölkerung noch das lokale Gewerbe einbezogen worden.

Frage 2:

Für die Kommunikation über beabsichtigte Veränderungen bei der Postversorgung ist selbstverständlich die Post zuständig. Der Entscheid darüber, wie breit beabsichtigte Veränderungen zur Diskussion gestellt werden, liegt allein bei der Post. Genauso ist die Information der von der Schliessung der Poststelle 2 betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Sache der Post. Der Gemeinderat akzeptiert diese Zuständigkeit; das ist ein normales Verhalten zwischen fairen Geschäftspartnern und hat nichts mit einem Maulkorb zu tun.

Frage 3:

Die Agentur in der Migros-Filiale soll von Mitarbeitenden der Migros bedient werden. Das Personal der Migros untersteht ebenfalls einem Gesamtarbeitsvertrag. Was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Poststelle 2 anbetrifft, hat die Post dem Gemeinderat versichert, dass alle Betroffenen in der Poststelle Ostermundigen 1 oder in Filialen in der Stadt Bern bzw. in der Agglomeration neue, gleichwertige Stellenangebote erhalten werden. Der Gemeinderat ist deshalb der Auffassung, dass die vorgesehene Lösung aus arbeitsrechtlicher Sicht korrekt ist.

Frage 4:

Gemäss den Angaben der Post muss sie bei beiden Poststellen in Ostermundigen eine sinkende Nachfrage und demzufolge einen Rückgang der umgesetzten Mengen feststellen. Die rückläufigen Umsatzzahlen sind für die Post eine Tatsache, die sie bei ihren Überlegungen betreffend zukünftige Postversorgung berücksichtigen muss. Da die Liegenschaft der Poststelle 2 sanierungsbedürftig ist, muss die Post hier einen strategischen Entscheid treffen.

Frage 5:

Der Gemeindepräsident hat die Vertreter der Post umfassend über die beabsichtigte und angelaufene Gemeindeentwicklung informiert. Die aktuelle Gemeindeentwicklung ist ein Grund dafür, dass die Postversorgung in Zukunft nicht allein auf die Poststelle 1 und die Annahmestelle für Geschäftskunden im Mösli konzentriert wird.

Frage 6:

Der Gemeinderat hat sich von folgenden Überlegungen leiten lassen:

- Die Sanierung und der Ausbau der Poststelle 1 stellen eine klare Verbesserung dar.
- Gegenüber der Post beharrte der Gemeinderat auf einer Überprüfung der Postversorgung in der Rüti, und er hat erreicht, dass im Juni im Quartier eine Umfrage durchgeführt werden konnte. Die Bereitschaft der Post, das Umfrageergebnis zu akzeptieren, stellt in-

sofern eine Verbesserung dar, als in Zukunft die Postversorgung in der Rüti dem Willen der Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner der Rüti entsprechen wird.

- (Die Umfrage ist abgeschlossen; die Bewohnerinnen und Bewohner haben sich mit einem Stimmenanteil von 58 % für die Hauszustellung ausgesprochen.)
- Der Wechsel von der Poststelle 2 zur Postagentur in der Migros bringt sowohl Vor- als auch Nachteile. Nachteilig ist, dass die Postfächer wegfallen und Bareinzahlungen in Zukunft nicht mehr möglich sind. Auf der andern Seite stellen die deutlich längeren Öffnungszeiten aus Sicht des Gemeinderats einen markanten Vorteil dar.

Zwei klare Verbesserungen und eine Veränderung, bei der sich Vor- und Nachteile je nach Standpunkt mehr oder weniger aufheben - bei einer Gesamtbetrachtung kann das Ergebnis dieser Veränderungen nicht als Verschlechterung der Postversorgung in Ostermundigen bezeichnet werden. Je nach Gewichtung der Vor- und Nachteile ist es mehr oder weniger positiv.

Frage 7:

Diese Frage wurde aus den folgenden Gründen nicht abgeklärt:

- Die Post hat keine Absicht für einen Neubau geäussert.
- Für die Gemeinde steht bis auf weiteres betreffend Verwaltungszentrum das Einmieten in einem bestehenden Gebäude im Vordergrund.
- Für ein grosses Postzentrum käme in erster Linie das Bahnhofumfeld in Frage - aber die Poststelle 1 ist ja schon dort, d. h. die Postversorgung würde - was die Erreichbarkeit der Post betrifft - nicht verbessert.
- Weder im Bahnhofumfeld noch an andern zentral gelegenen Standorten steht unmittelbar baureifes Land im notwendigen Umfang zur Verfügung.
- Vielleicht könnte im Oberfeld relativ rasch Bauland freigespielt werden, aber für ein einziges grosses Postzentrum wäre diese Lage nicht optimal.

10.3.75 Einfache Anfragen
10.22.2.50 Allgemeines (früher 10.2250)

32. Einfache Anfrage E. Rippstein (CVP) zu verschiedenen Grossprojekten; parlamentarischer Neueingang

Begründung

Zurzeit stehen Ostermundigen grosse Projekte an, die die Gemeinde verändern werden. Neben dem Tram-Projekt sind das verschiedene Bau- und Umnutzungsvorhaben. Dazu gehören unter anderen

- Neubau auf dem Garage Blaser Areal,
- Neubauprojekt Bären,
- Mieterwechsel im Gebäude Bernstrasse 29 a,
- Umbau Poststelle Ostermundigen 1,
- Alte Post Bernstrasse,
- Acifer und Tanklager,
- Entwicklung Liegenschaft der ehemaligen Drogerie Schertenleib,
- Umnutzung Post 2,
- Umnutzung Tell Areal und
- Coop Rütiweg.

Das sind nur die bis anhin bekannten Projekte. Die genannten Gebäude und Areale sind wichtige Gebiete in Ostermundigen. Sie liegen im Bereich der Bernstrasse, welche die zentrale Achse des Strassendorfs Ostermundigen bildet. Sie werden zum grössten Teil die Zukunft unserer Gemeinde prägen und Ostermundigen - so hoffen wir - eine neue Identität geben. An den meisten Standorten läuft bereits eine Planung, bei den andern sollte mit der Planung begonnen werden. Planung heisst noch nicht, dass garantiert etwas realisiert wird. Aber sie ist eine Absichtserklärung von Grundeigentümern und Investoren. Je früher die Gemeinde das Gespräch mit diesen sucht, desto mehr kann sie Einfluss darauf nehmen, dass die Planung im Einklang mit den politischen Entwicklungszielen steht oder diese zumindest nicht präjudiziert.

In diesem Zusammenhang stellen wir dem Gemeinderat die folgenden **Fragen**:

1. Wie nehmen der Gemeindepräsident als Leiter der Planung, der Gemeinderat als Gesamtbehörde und die Verwaltung ihre entsprechenden Aufgaben wahr?
2. Gehen sie aktiv und offen an die Herausforderungen heran und helfen sie so den Partnern, optimale Lösungen zu finden?
3. Sind sie auch bereit, nötigenfalls Leitplanken und Begrenzungen zu setzen?

4. Wie werden das Parlament, die Betroffenen und die Bevölkerung von Ostermundigen orientiert?

eingereicht am 28.6.2011

sig. Eduard Rippstein (CVP)

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Der Präsident:

Der Protokollführer:

Norbert Riesen

Jürg Kumli

Der Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

Roland Rüfli

Roger Schär